

## Kein Frieden im Donbass

Der ukrainische Konflikt bleibt auch ein Jahr nach Minsk-2 ungelöst. Seite 2



## Der 1. FC Union und Berlin

Köpenicks Fußballklub will sich nach 50 Jahren im Kiez Neuem öffnen. Seite 19

Foto: imago/Matthias Koch

## Alea iacta est

Die Farce »Hail, Caesar!« hat die Berlinale eröffnet. Seite 15

Foto: Universal

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 12. Februar 2016

71. Jahrgang/Nr. 36

Bundesausgabe 1,70 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

## STANDPUNKT

### Rote Nebelkerze

Fabian Lambeck zum Streit über den Familiennachzug für minderjährige Flüchtlinge

Nun ist es raus: Das Asylpaket II wird nicht wieder aufgeschnürt. In den letzten Tagen hatte es innerkoalitionären Krach gegeben, weil sich die SPD über den Tisch gezogen fühlte. Das sozialdemokratisch geführte Familienministerium hatte den entsprechenden Passus in der Vereinbarung zum Familiennachzug bei unbegleiteten Flüchtlingskindern »anders eingeschätzt«. Junge Flüchtlinge, die eingeschränkten Schutz genießen, dürfen ihre Familien also für zwei Jahre nicht nachholen. Es sei denn, sie können in einer Einzelfallprüfung einen Härtefall geltend machen. Das ist für die Betroffenen bitter. Trotzdem steht die Vehemenz, mit der die SPD in den vergangenen Tagen um das Thema stritt, in keinem Verhältnis zu den Fallzahlen: 2015 kamen kaum mehr als 400 Familienangehörige von Minderjährigen.

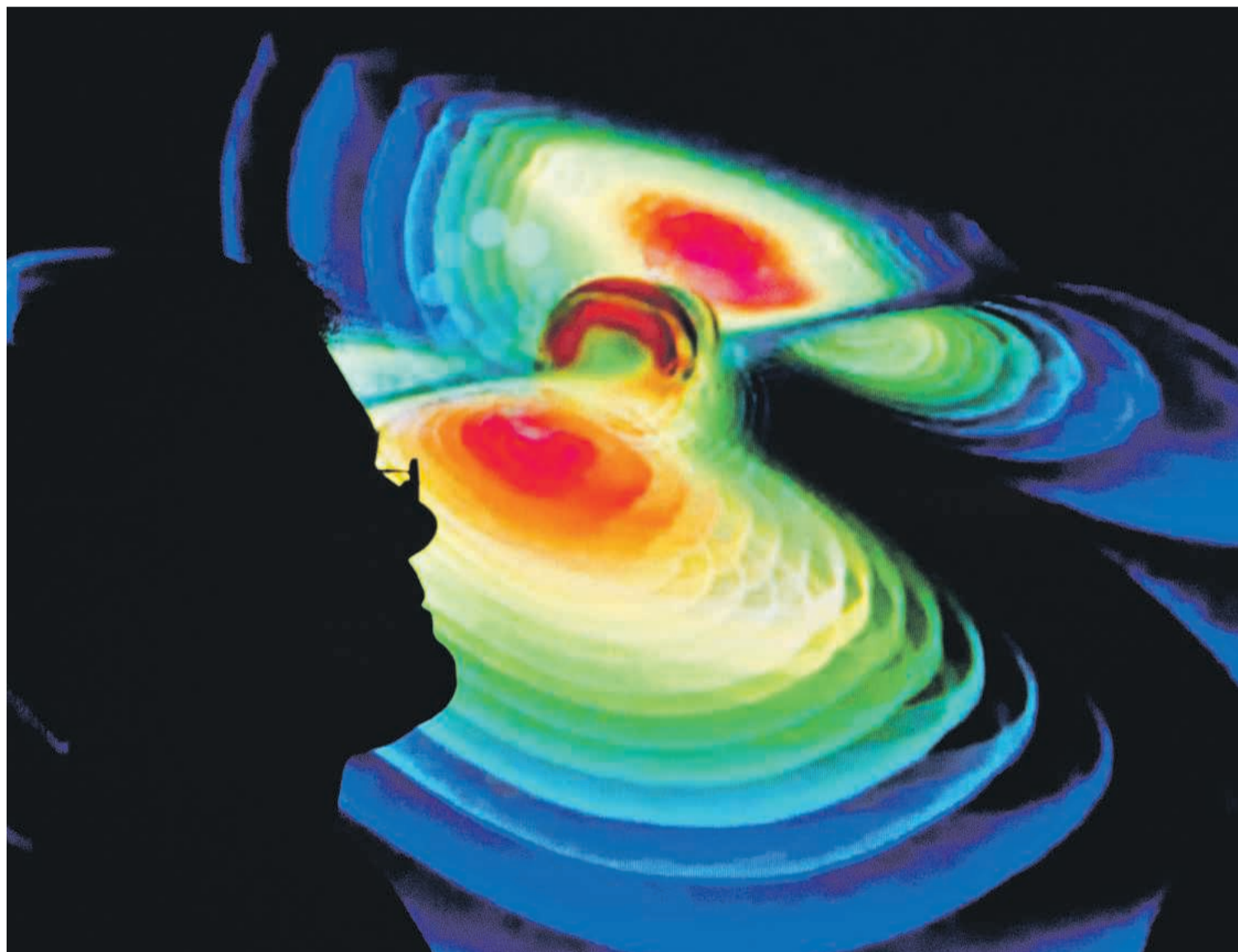
Ganz im Gegensatz dazu der ebenfalls vereinbarte Stopp beim Familiennachzug für erwachsene Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz. Der schwarz-rote Beschluss bedeutet, dass Zehntausende Syrer hier hilflos mit ansehen müssen, wie ihre Familien in Flüchtlingslagern dahinkeulen. Ein Nachzug bleibt ihnen für mindestens zwei Jahre versagt. Die SPD nickte die entsprechenden Regelungen ab, machte dann aber einen Nebenaspekt, eben die Minderjährigen, zum Knackpunkt. Angesichts dieser Gemengelage müssen sich die Sozialdemokraten den Vorwurf gefallen lassen, eine Nebelkerze gezündet zu haben, die den eigenen, kritischen Genossen und Wählern die Sicht auf das tatsächlich Vereinbarte nehmen soll.

## UNTEN LINKS

Wenige Politiker tragen ihre Lust an der Maskerade so offen zur Schau wie Markus Söder. Nachdem er die Gunst der Faschingsstunde in den Vorjahren genutzt hatte, um sich relativ naturalistisch als Marilyn Monroe oder Mahatma Gandhi in Szene zu setzen, erschien er diesmal zur »Fastnacht in Franken« in Gestalt Edmund Stoibers. Zumindest die Neigung, das Erscheinungsbild desjenigen Berufskollegen a.D. anzunehmen, der man selber gerne wäre, teilt Söder also mit Lutz Bachmann – Sie wissen schon. Ungeklärt ist bislang indessen, wer auf der fränkischen Fastnacht neben Söder als Horst Seehofer posierte. Weil dieselbe Person mit der teigigen Gesichtsmaske nun Merkels Flüchtlingspolitik als »Herrschaft des Unrechts« bezeichnet hat, liegt der Verdacht nahe, es könnte Frauke Petry gewesen sein, die da so dick auftrag – und nicht nur an Schminke. Aber wer steckte dann im Petry-Kostüm? Egal, denn die närrischen Tage sind endlich vorbei. Oder nicht? mha

## Einstein macht Wellen

Eine Weltsensation: Letzte praktische Bestätigung für Allgemeine Relativitätstheorie



Ein Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts Hannover erklärt die Visualisierung von Gravitationswellen.

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

Berlin. Ein internationales Forscherteam unter Leitung von US-Wissenschaftlern hat erstmals die vor 100 Jahren von Albert Einstein vorhergesagten Gravitationswellen nachgewiesen. Am 14. September des vergangenen Jahres um 11.50 Uhr deutscher Zeit hatten sie etwas bemerkt, was 1,3 Milliarden Jahre zuvor durch die Verschmelzung zweier sogenannter Schwarzer Löcher ausgelöst worden war. Die nur Zehntelsekunden andauernde Erscheinung brachte zwar die gesamte Erdkugel zum Schwingen, doch mit herkömmlichen Instrumenten und Methoden war das bislang nicht messbar. Nur am Laser-Interferometer-Gravi-

tationswellen-Observatorium – kurz LIGO – in den USA hat man nun diese kurzzeitige Verbiegung des Raumes registriert und offenkundig bewiesen. Wichtig für die Zuverlässigkeit der Messung war, dass das Signal in zwei identischen LIGO-Anlagen gemessen wurde. Sie stehen 3000 Kilometer voneinander entfernt in Livingston (Louisiana) und Hanford (Washington). Somit scheinen ein technischer Fehler oder eine andere Quelle ausgeschlossen.

Das Aufspüren solcher Erscheinungen stellt extreme Anforderungen an die Stabilität eines Laserstrahls und die erschütterungsfreie Lagerung der gesamten Anlage. Möglich wurde die

Sensation auch durch Entwicklungen von Forschern der Universität Hannover und aus dem Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik in Golm bei Potsdam. Sie kooperierten dabei mit der Universität Glasgow.

Die Nachricht war seit Jahrzehnten als letzter fehlender Baustein der von Einstein aufgestellten Allgemeinen Relativitätstheorie erwartet worden. Sie öffnet, so die Forscher, ein völlig neues Beobachtungsfenster ins Universum. Sie verglichen diese Leistung mit der jener Astronomen, die vor 400 Jahren erstmals mit Hilfe von Teleskopen einen Blick ins Weltall gewagt hatten. hei Seite 20

## NATO hat Ägäis-Mission beschlossen

Flüchtlingsabwehr steht unter deutschem Kommando / Röttgen verlangt Militarisierung der Nahostpolitik

Die NATO beginnt auf Wunsch von Deutschland, Griechenland und – offiziell jedenfalls – auch der Türkei mit Vorbereitungen für einen Kampf gegen Schleuserbanden in der Ägäis.

Von Roland Etsel

Beim Treffen von Kanzlerin Angela Merkel am Montag mit ihrem türkischen Amtskollegen wurde es als »Idee« verkündet; am Dienstag berieten bereits die NATO-Verteidigungsminister darüber, und jetzt sind die ersten Schiffe schon so gut wie unterwegs. Jedenfalls meldete US-Verteidigungsminister Ashton Carter am Donnerstag aus Brüssel bereits Beschlussreife für das Vorhaben: Kriegsschiffe der NATO sollen in der Ägäis, also dem Teil des Mittelmeers zwischen Griechenland und der Türkei, künftig verhindern, dass Flüchtlinge auf Seefahrzeuge bezahlter Schleuser ohne Einladung von Asien nach

Europa transportiert werden. Feder- bzw. kommandoführend soll laut dpa ein Schiffsverband des Militärpaktens sein, der sich bereits in der Nähe befindet und unter deutschem Befehl steht. Dessen Aufklärungsergebnisse sollen an die türkischen und griechischen Behörden weitergegeben werden. Diese sollen so in die Lage versetzt werden, kriminelle Schleuserbanden effektiver zu verfolgen. So lautet die offizielle Version. Im wirklichen Leben haben die türkischen Behörden, abgesehen von einigen betont öffentlichkeitswirksamen Aktionen, dem Schleuserunwesen tatenlos zugehört.

Die SPD, deren Außenminister Frank-Walter Steinmeier sich noch am Montag gegen das Vorhaben ausgesprochen hatte, schwieg am Donnerstag dazu, andere protestierten um so deutlicher, zum Beispiel Pro Asyl. Die Organisation nannte den NATO-Einsatz in einer Erklärung »Bei-

hilfe zur Ausbeulung des Asylrechts«. Der Grünen-Politiker Jürgen Trittin, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages und in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, sprach von einer »Schlepperabwehr«, die »in Wirklichkeit eine Flüchtlingsabwehr« sei.

Der Vorsitzende jenes Ausschusses, Norbert Röttgen (CDU), hat derweil gänzlich Anderes im Blick. Er stört sich an der »zu passiven Rolle Deutschlands angesichts der Konflikte in Nahost und im Mittelmeerraum«. In der »Welt« vom Donnerstag beklagte er, dass »wir Deutschen noch immer eine Zuschauer- und Mitläuferrolle« einnehmen. Röttgens Schlussfolgerung: Deutschlands Sicherheit könne nicht nur durch Zurückhaltung gewährleistet werden. Er forderte deshalb in diesem Zusammenhang »neue Prioritäten im Bundeshaushalt«, insbesondere »mehr Ressourcen für den Wehretat.«

Nicht für Waffen, sondern für den Wiederaufbau sind die 500 Millionen Euro gedacht, die Merkel am Donnerstag in Berlin ihrem irakischen Amtskollegen Haider al-Abadi versprach. Aber eigentlich geht es Berlin auch hier vor allem darum, Fluchtbewegungen zu vermeiden. Den Menschen in Irak, so die Kanzlerin, solle Hoffnung gegeben werden, »damit sie ihr Land nicht verlassen müssen«. Seiten 4 und 5

### Lesen Sie morgen im wochen-nd

Mutig, jüdisch, links: Zwei Frauen im Exil

Kapital, Geld, Umsatz: Schattenbank Blackrock

Vogel, Windrad, Federn: Energiewende stockt

## SPD macht mit beim Anti-Asyl-Pakt

Koalition will Minderjährigen nur im Härtefall Familiennachzug gewähren

Berlin. Im Koalitionsstreit über den Familiennachzug für Flüchtlinge haben Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und Justizminister Heiko Maas (SPD) eine Lösung gefunden. Sie erklärten am Donnerstag in Berlin, an den Beschlüssen der Koalition werde nichts geändert. Es gebe aber die Möglichkeit, in Härtefällen auch bei minderjährigen Flüchtlingen mit eingeschränktem (»subsidiärem«) Schutz einen Nachzug der Eltern zu erlauben. Über das Vorliegen eines Härtefalls – »bei dringenden humanitären Gründen« – entscheide das Auswärtige Amt im Einvernehmen mit dem Innenressort.

Die Koalitionsspitzen hatten sich Ende Januar nach langem Streit in einem zweiten Anlauf auf das Gesetzespaket verständigt. Vor gut einer Woche hatte das Kabinett die Pläne beschlossen. Darin ist unter anderem vorgesehen, für bestimmte Flüchtlingsgruppen den Familiennachzug für zwei Jahre auszusetzen. Gelten soll dies für Menschen mit »subsidiärem Schutz« – eine derzeit nur kleine Gruppe. dpa/nd Seiten 4 und 5

## 50 000 Flüchtlinge aus Aleppo-Region

Russisches Angebot für Waffenruhe

Beirut. Die Offensive der syrischen Armee in der Provinz Aleppo hat nach Schätzungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) rund 50 000 Menschen in die Flucht getrieben. Die Kämpfe seien für die Zivilisten eine große Belastung, erklärte die Syrien-Beauftragte des IKRK, Marianne Gasser, am Mittwoch.

Im Ringen um eine Friedenslösung für Syrien hat die russische Regierung nach eigenen Angaben ein neues Angebot auf den Tisch gelegt. Moskau habe »ziemlich konkrete Vorschläge für eine Waffenruhe« unterbreitet, sagte Außenminister Sergej Lawrow am Donnerstag zu Beginn eines Treffens mit seinem US-Kollegen John Kerry in München. Die Syrien-Kontaktgruppe aus 17 Staaten und drei internationalen Organisationen berät dort am Abend.

Russland warte nun auf eine Antwort der USA, bevor die Vorschläge der Gruppe vorgelegt werden sollten, sagte Lawrow weiter. Kerry sagte zu Beginn des Treffens mit Lawrow »ernsthafte Beratungen über alle Aspekte der Lage in Syrien« zu. AFP/nd

## Langzeitarbeitslose abgehängt

Hartz-IV-Bezieher erhalten immer weniger Förderung

Berlin. Der Anteil von Hartz-IV-Beziehern mit einer speziellen Förderung ist in den vergangenen Jahren gesunken. Bei Beziehern von Arbeitslosengeld I stieg dagegen der Anteil der Geförderten. Das geht aus einer Erhebung des Bundesarbeitsministeriums auf eine Frage der Grünen-Abgeordneten Brigitte Pothmer hervor. Pothmer war Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) deshalb vor, ihren Versprechen zur Förderung von Langzeitarbeitslosen nicht gerecht zu werden.

Pothmer hatte nach den Aktivierungsquoten gefragt, also dem Anteil der Betroffenen zum Beispiel an einem Berufs- oder Bewerbungstraining oder anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Während die Quote im Bereich Arbeitslosengeld II seit 2013 von 17,6 auf 16,2 Prozent im vergangenen Jahr sank, stieg sie im Bereich Arbeitslosengeld I seither von 17,3 Prozent um über drei Punkte auf 20,6 Prozent. »Die Verlierer bleiben Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose über 55 Jahre«, schlussfolgert Pothmer daraus. dpa/nd

ISSN 0323-3375

